

SIE LÄSST DER WOLF NICHT LOS

Bismarks Bürgermeisterin sieht Isegrim stärker im Fadenkreuz

VON MARCO HERTZFELD

BISMARK. Die Nachricht von einem gebissenen Gemeindearbeiter in Niedersachsen sei ihr durch Mark und Bein gegangen. „Dass es nun doch kein Wolf gewesen sein soll, ändert nichts daran, dass etwas passieren muss“, findet Annegret Schwarz. „Ich hatte so gehofft, dass alle aufwachen und die Regeln geändert werden.“ Die Bismarker Bürgermeisterin möchte das Raubtier lieber heute als morgen im Jagdrecht sehen. „Momentan ist es mir wieder viel zu ruhig, das Thema wird totgeschwiegen“, glaubt die Christdemokratin. „Der Wolf soll ja nicht gänzlich ausgerottet, sondern nur auf ein erträgliches Maß gehalten werden.“

Schwarz gehört zu den größten Kritikern der aktuellen Wolfspolitik. An ihrer gemeinsam mit



Annegret Schwarz

Landwirten, Tierhaltern und Jägern erarbeiteten Stellungnahme zur „Leitlinie Wolf“ orientierten sich Amtskollegen in Altmark und Börde. Sie organisierte 2017 als eine der Ersten sogenannte Mahnfeuer gegen die ungezügelte Rückkehr von Isegrim. Das Wolfskompetenzzentrum in Iden, Objekt des bündnisgrünen Regierungspartners in Magdeburg, brauche kein Mensch. „Jedenfalls nicht in dieser Größe. Das Geld könnten wir für andere Dinge ausgeben“, meint die Vielbaumeierin im Gespräch mit der AZ.

Raubtier auch in der Gegend unterwegs

Der Wolf sei auch in der Einheitsgemeinde angekommen oder ziehe zumindest regelmäßig durch. „Ich bin viel unterwegs und rede mit Landwirten und Schäfern.“ Die Bürgermeisterin vermutet das Raubtier im Raum Badingen und auch irgendwo bei Kremkau. Im aktuellen Wolfsmonitoring des Landes finden sich keine Hinweise. Der untersuchte Zeitraum geht bis April dieses Jahres. Die nächsten Rudel jagen demnach im Klötzer Forst, der Colbitz-Letzlinger Heide und vielleicht auch in der Altmärkischen Höhe bei Seehausen. In ganz Sachsen-Anhalt sollen wieder mindestens 92 Wölfe leben.

Stadt-Chefin: Wollen keine Ängste schüren

„Ich bete zu Gott, dass nicht irgendwann ein Kind angefallen wird.“ Nein, Angst schüren wolle sie nicht. „Der Wolf reißt mittelgroße bis große Huftiere.“ Dass bei dem Vorfall in Niedersachsen sofort an Isegrim gedacht wurde, liege doch auf der Hand. Vor einigen Tagen hatte ein Mann behauptet, bei Arbeiten am Friedhof des Bülstedter Ortsteils Steinfeld von einem Wolf angegriffen worden zu sein. Eine DNA-Analyse hat keinen entsprechenden Nachweis erbracht. Vor Ort genommene Proben stammen von Rehen, an der Kleidung des Mannes fanden sich Spuren von Katzen und einem Hund.

Altmärkerin sieht Minister Stahlknecht an ihrer Seite

Dass sich Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (ebenfalls CDU) kürz-



Ein Wolf im Stendaler Tiergarten. In freier Wildbahn ist Isegrim weiter auf dem Vormarsch.

Fotos: Hertzfeld

lich überraschend offen als kein Freund des Wolfes erte, freut die Altmärkerin. Was viele nicht wissen: Polizisten dürfen im Ernstfall auf Wölfe schießen. Immer dann, wenn eine konkrete Gefahr für Menschen besteht. Die Regelung gilt seit einem Jahr. Zudem kann die Polizei auch Wölfe erschießen, die bei Verkehrsunfällen schwer verletzt worden sind und Qualen erleiden. Der Erlass gilt laut Medienberichten auch, wenn ein verhaltensauffälliger Wolf wiederholt in der Nähe von Kindertagesstätten auftaucht.

Landes-Leitlinie bleibt umstritten

Eine Lobby aus einigen Städtern und Umweltverbänden setze die Lebensqualität der Landbevölkerung aufs Spiel, ist Schwarz überzeugt. Der Wolf gehöre noch weniger denn je in Watte gepackt. Der derzeitige Umgang mit ihm schade Tourismus und Wirtschaft. Mit Blick auf die Leitlinie, die das Zusammenleben mit dem Wolf möglichst konfliktarm gestalten soll, stellt

die Bürgermeisterin schon im April 2017 Fragen wie diese: Gab es eine Interessenabwägung? Ist das Schutzobjekt Wolf noch zeitgemäß in Anbetracht der rasant steigenden Population? „Befriedigende Antworten gibt es bis heute nicht.“

Notabwehrrecht und mehr Entschädigungen

Das Raubtier besitze einen übertriebenen Schutzstatus. Wer einen Wolf tötet oder verletzt, macht sich strafbar. Bismarks Bürgermeisterin fordert nach wie vor für Deutschland eine Art Notabwehrrecht, wie es Nachbar Frankreich bereits seinen Schäfern zugestanden habe. Und überhaupt: Die Entschädigungsregelungen nach Wolfsrissen reichten nicht aus. Schon in ihrem Papier steht: „Wenn wir uns den Luxus einer unbegrenzten Wolfsansiedlung leisten, sollten das Land / der Bund auch unbegrenzt haften.“ So sollten auch Hobbyhalter, etwa von Pferden, nach Attacken von Wölfen unbedingt entschädigt werden.